

in diesem Heft) hat Taiwan einige Sondermaßnahmen geplant, um die ängstlichen Kapitaleigner Hong Kongs mit einem Zufluchtsort zu locken. Vor kurzem wurde in dem Exekutiv Yuan ein Sonderausschuß für die Hongkongfrage gegründet. Das Komitee für die Angelegenheiten von Überseechinesen beim Exekutiv Yuan hat eine "Vorschrift zur Förderung von Investitionen und Immobilienanschaffungen mit Kapital aus Hong Kong" entworfen, nach dem Gelder aus Hong Kong vor dem Einsatz zunächst auf einer überseechinesischen Bank in Taiwan unter Treuhand deponiert werden dürfen. Die Zinseinnahme wird entsprechend dem Steuersatz von Hong Kong mit 12% versteuert. Dazu darf man solche Depositen ohne Einschränkung wieder aus Taiwan abziehen, wenn man an einer Investition in Taiwan nicht mehr interessiert ist. Nach den geltenden Bestimmungen müssen alle einzelnen Personen, die nicht auf der Insel wohnhaft sind, 20% ihrer dortigen Zinseinnahmen von Depositen als Steuern an den Staat abgeben, und jeder Devisentransfer nach dem Ausland wird streng von der Regierung kontrolliert. Im Gesetzgebungs Yuan (Parlament) hat Ministerpräsident Sun Yunxuan (Sun Yunxuan) am 7. Oktober angekündigt, ein Off-Shore-Finanzzentrum und eine Freihandelszone zu errichten, Taiwan zu einem Luft- und Schiffsverkehrs-knotenpunkt umzuwandeln sowie das Verfahren für Ein- und Ausreisegenehmigungen zu vereinfachen (LHB, 25.9.83 u. CP, 8.10.83). Damit beabsichtigt Taiwan, Hong Kongs Rolle als Wirtschaftsdrehscheibe in Südostasien zu übernehmen.

Taiwan hofft, so heißt es in einer Meldung der amtlichen Presseagentur CNA (Central News Agency) vom 30. September, 20% des abwandernden Kapitals aus Hong Kong für sich gewinnen zu können. Kürzlich wurde in Taipei das Hotel "Taipei-Fortuna", das ursprünglich seinen Sitz in Hong Kong hatte, mit einer Kapitalanlage von 20 Mio. US\$ eröffnet. Dies wurde in Taiwan als Erfolg der Umwerbungspolitik angesehen. Allerdings nahm Hong Kong auch in der Vergangenheit schon immer die führende Position bei den überseechinesischen Investitionen in Taiwan ein, und auch diese haben sich hauptsächlich auf die Dienstleistungsgewerbe konzentriert. Dabei ließ sich eine Kapitalflucht von Hong Kong in großem Umfang bislang noch nicht erkennen.

Am 8. Oktober hat die "Hongkong and Shanghai Bank", das größte Geldinstitut der britischen Kolonie

mit Beteiligung der Kolonialbehörden, der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft von Taiwan, Tai-power, einen Kredit in Höhe von 140 Mio. US\$ gewährt. Die Bank hat auch vor, eine Filiale in Taiwan zu gründen (ZYRB, 9.10.83, CNA, 5.10.83).

Der Kredit hat eine Laufzeit von 10 Jahren, und auch das ist offenbar kein Zeichen für eine Kapitalflucht.

In den ersten sieben Monaten dieses Jahres sind Taiwans Exporte nach Hong Kong um 5,6% und Importe aus Hong Kong um 5,3% gesunken. Im Vorjahr war Hong Kong der drittgrößte Absatzmarkt Taiwans, die Importe aus Taiwan betragen 1.560 Mio. US\$ (CNA, 30.9.83).

-ni-

(51)

Zunahme der ausländischen Investitionen und Exporte trotz Zukunftssorgen

Laut Bericht einer Publikation der Ausstellungsgesellschaft "Hong Kong Trade Fair Ltd." (nach Ta Kung Pao, Weekly Supplement Oct. 27-Nov. 2, 1983, S.15) sind die ausländischen Investitionen in Hong Kong 1982 im Vergleich zu einem Jahr davor um 8% von 7.02 Mrd. HK\$ auf 7,56 Mrd. HK\$ gestiegen. Der Aufwärtstrend hält in diesem Jahr an, obwohl noch keine statistische Zahl vorliegt. Die Behörden wiesen auf starke Interessen aus den USA, Japan und Europa hin. Nach den Worten des Geschäftsführers der Ausstellungsgesellschaft, Derek Dickens, sind die direkten Exporte Hong Kongs im dritten Quartal dieses Jahres allgemein um 30% gestiegen. In den ersten acht Monaten haben die Ausfuhren Hong Kongs in die USA um 31% und nach China um 47% zugenommen. Die Abwertung des Hongkong-Dollars hat wohl die Exporte der Kolonie positiv beeinflusst.

-ni-

*
*
*
*
*
*
*

YU-HSI NIEH

Das chinesisch-britische Pokern um Hong Kong

*

I.

Die Verhandlungen hinter verschlossenen Türen

Am 14. und 15. November setzten sich Chinesen und Briten zum siebten Mal zusammen an den Verhandlungstisch, um über die Zukunft Hong Kongs zu diskutieren. Denn der 1898 zwischen China und Großbritannien abgeschlossene Pachtvertrag der "New Territories" (975,1 km²), rund 92% der Gesamtfläche (1.061,8 km²) der britischen Kolonie, wird am 30. Juni 1997 ablaufen. Obendrein will die chinesische Regierung bis dahin nicht nur das Pachtgebiet, sondern auch die 1842 und 1860 an Großbritannien abgetretene Insel Hong Kong (Xianggang) beziehungsweise Halbinsel Kowloon (Jiulong) zurücknehmen (1).

Vor Mitte 1982 hatte China zwar seinen Anspruch auf die Souveränität über Hong Kong wiederholt bekräftigt, aber keinen Termin für die Rücknahme erwähnt. Es war immer von "zu entsprechender Zeit" (Shidang Shiqi) die Rede. Infolge dieser unendlichen Formulierung und wegen der wirtschaftlichen Position Hong Kongs als Hauptquelle der Deviseneinnahmen Chinas (s.u.) wollte man in Hong Kong glauben, daß Beijing auch nach Ablauf des Vertrags von 1898 über die Pacht der New Territories lang- oder mittelfristig kein Interesse daran habe, den Status quo von Hong Kong zu verändern. Erst am 15. Juni des vorigen Jahres hatte Deng Xiaoping, der starke Mann Chinas, in einem Gespräch mit einer Gruppe von Beijing nahestehenden Persönlichkeiten aus Hong Kong verlauten lassen, daß China seine Souveränität über Hong Kong wiederherstellen wolle, und zwar voraussichtlich um die Zeit von 1997, d.h. bei der Ablauffrist des Pachtverhältnisses der New Territories (2).

Diese Absichtserklärung wurde im Juli 1982 in die Öffentlichkeit lanciert. Zwei Monate danach machte Frau Thatcher den historisch ersten Staatsbesuch eines amtierenden britischen Regierungschefs in China. Während

ihres Aufenthalts in Beijing führte sie am 22. und 23. September mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang und am 24. September mit Deng Xiaoping politische Gespräche. Hauptthema der Gespräche war das Problem der Zukunft Hong Kongs. Dies war also die erste Etappe der chinesisch-britischen Verhandlungen über Hong Kong. In einem kurzen gemeinsamen Kommuniqué zu dem Gipfeltreffen wurde einerseits "die freundliche Atmosphäre" bei der eingehenden Diskussion über die Zukunft Hong Kongs gesprochen, andererseits war von unterschiedlichen Standpunkten beider Seiten zu dem Problem die Rede. Die Übereinstimmung bestand nur in der Absicht, daß nach dem Besuch von Frau Thatcher weitere Gespräche auf dem diplomatischen Weg "mit dem gemeinsamen Ziel einer Aufrechterhaltung der Prosperität und Stabilität Hong Kongs" stattfinden sollten (3).

Ohne konkretes Ergebnis von der ersten Etappe trat die bilaterale Verhandlung seit Juli dieses Jahres in die zweite Etappe auf einer niedrigeren Ebene ein. Der chinesische Chefunterhändler ist Vizeaußenminister Yao Guang, sein britischer Gesprächspartner Sir Percy Cradock, der britische Botschafter in Beijing. Bisher haben zwischen den beiden Delegationen in Beijing fünf Begegnungsrunden stattgefunden, und zwar zweimal im Juli (12.-13. und 25.-26.), einmal im August (2.-3.), einmal im September (22.-23.) und einmal im Oktober (19.-20.). Der jeweilige Verlauf der Gespräche wurde von beiden Seiten streng geheimgehalten. Jedesmal nach dem Abschluß einer Verhandlungsrunde wurde ein stereotypes und wortkarges Pressecommuniqué bekanntgegeben, das außer einer kurzen Beschreibung der allgemeinen Stimmung während der Treffen und dem neuen Termin für die folgende Runde nichts sagte.

Die Hong Konger Presse, einschließlich der dortigen kommunistischen oder prokommunistischen Zeitungen, die jede Verhandlungsrunde mit einem großen Kontingent von Reportern an Ort und Stelle verfolgte, konnte ihrem Publikum neben dem spärlichen Kommuniqué nur noch Stories über das Verhandlungsgebäude, die Namen und Sitzordnung der Teilnehmer beider Seiten an der Verhandlung sowie über die Speisefolge, Getränke und Zigaretten für die Unterhändler als wichtige Ereignisse anbieten (4).

II. Die Polemik in der Öffentlichkeit

Zwar haben sich London und Beijing einerseits, wie erwähnt, zu dem Vorgang ihrer Verhandlungen nicht direkt äußern wollen, andererseits hat es aber in der Öffentlichkeit eine Polemik gegeben, die wohl die Schwierigkeiten am Verhandlungstisch widerspiegeln dürfte. Daß Hong Kong eines Tages wieder zum chinesischen Vaterland zurückkehren wird oder muß, wird längst von niemandem mehr bezweifelt. Die Frage bleibt nur noch "wann" und "wie". Dazu gibt es zwischen London und Beijing noch einen theoretischen Disput über den juristischen Status von Hong Kong, der die Verhandlungen beider Seiten von vornherein schwer belastet.

Grundsätzlich betrachten die Chinesen die genannten Verträge von 1842, 1860 und 1898 als "ungleiche Verträge" und lehnen deren Gültigkeit ab. Am 10. März 1972 hatte Beijing diesen Anspruch zum erstenmal in der UNO geltend gemacht. In einer Note an den Vorsitzenden des UNO-Sonderausschusses für Entkolonialisierung (Special Committee on Colonialism) hatte der damalige chinesische Botschafter bei der Weltorganisation, Huang Hua, diesen aufgefordert, Hong Kong und Macau aus dem Verzeichnis kolonialer Gebiete zu streichen, mit der Begründung, daß die Probleme die Folgen einer Reihe von "ungleichen Verträgen" seien, die China von den Imperialisten aufgezwungen worden seien. "Hong Kong und Macau", so heißt es wörtlich in Huangs Schreiben, "sind ein Teil des chinesischen Territoriums unter der Besatzung britischer beziehungsweise portugiesischer Behörden. Eine Lösung der Fragen von Hong Kong und Macau liegt völlig im Bereich der chinesischen Souveränität und darf nicht unter die übliche Kategorie von kolonialen Gebieten gestellt werden... Die chinesische Regierung vertritt stets die Meinung, daß die Hong Kong- und Macaufrage mit geeigneten Methoden gelöst wird, wenn die Zeit dafür reif ist. Die Vereinten Nationen haben keinen Anspruch darauf, die Fragen zu diskutieren." Der Grund, warum China gegen die Behandlung der Hong Kong- und Macaufrage in der UNO Widerspruch erhebe, sei, wie Huang Hua in demselben Brief betonte, daß der Sonderausschuß für Entkolonialisierung die Aufgabe hat, die Bevölkerung der Kolonien in ihren Bemühungen zur Erlangung der politischen Unabhängigkeit zu unterstützen. Ohne Einwand von Großbritannien gegen die chine-

sische Version wurde Huangs Forderung durchgesetzt (5).

Am 23. September des vorigen Jahres hat der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang noch kurz vor seiner Verhandlung mit der Premierministerin Thatcher über Hong Kong auf die Frage eines Reporters geantwortet: "China wird selbstverständlich die Souveränität über Hong Kong wieder übernehmen" (6). Nach der Verhandlung zwischen Frau Thatcher und Deng Xiaoping machte die chinesische amtliche Presseagentur Xinhua am 24. desselben Monats bei der Veröffentlichung des oben bereits erwähnten gemeinsamen Kommuniqués eine bemerkenswerte zusätzliche Anmerkung: "Der Standpunkt der chinesischen Regierung ist klar und allgemein bekannt" (7). Dagegen besteht Großbritannien auf der rechtlichen Verbindlichkeit der genannten drei Verträge und damit auch auf seiner Souveränität über Hong Kong, wenn es auch gleichzeitig eine frühere oder spätere Rückführung der Kronkolonie an China vorbereitet. Auf der Pressekonferenz vom 24. September in Beijing meinte Frau Thatcher: "Es existieren Verträge. Wir halten an unseren Verträgen fest, sofern wir nicht etwas anderes beschließen". Außerdem hat sie auch die britische Souveränität über Hong Kong mit dem folgenden Satz bekräftigt: "Ich akzeptiere voll und ganz, daß meine Verantwortung als Premierministerin Ihrer Majestät gegenüber dem Volk von Hong Kong besteht" (8). Auch in Hong Kong wiederholte sie am 27. September vor der Presse nochmal ihren Standpunkt über die völkerrechtliche Gültigkeit der Verträge sowie die "moralische Verpflichtung" Großbritanniens gegenüber der Bevölkerung der Kronkolonie." Wenn (einige) Staaten versuchen, Verträge wie diesen aufzuheben, dann ist es wirklich sehr ernst. Denn wenn ein Staat einen Vertrag nicht einhält, so hält er sich auch nicht an andere Verträge" (9).

Auf die Äußerungen von Frau Thatcher folgte eine scharfe Reaktion aus Beijing. Am 30. September 1982 erklärte ein Sprecher der Informationsabteilung des chinesischen Außenministeriums: "Hong Kong ist ein Teil des chinesischen Territoriums. Die in der Vergangenheit zwischen der britischen Regierung und der Qing (Mandschu)-Dynastie unterzeichneten Verträge über das Gebiet Hong Kong sind ungleiche Verträge, die von dem chinesischen Volk niemals akzeptiert worden sind. Die konsequente

Haltung der Regierung der Volksrepublik China ist, daß China durch diese ungleichen Verträge nicht gebunden ist und das Gesamtgebiet von Hong Kong wieder an sich nehmen wird, wenn die Bedingungen reif sind" (10). Ferner wies ein Kommentator der Xinhua-Presseagentur mit noch stärkeren Tönen Frau Thatchers Ansicht über die Gültigkeit der Hong-Kong-Verträge zurück. "Es ist darauf hinzuweisen, daß diese Verträge über das Gebiet Hong Kong Produkte der 'Kanonenboot-Politik' und Invasion des englischen Imperialismus in China im 19. Jahrhundert sind. Diese ungleichen Verträge, die dem chinesischen Volk aufgezwungen wurden, sind ein schlagender Beweis für die Plünderung des chinesischen Territoriums durch den britischen Imperialismus. Das chinesische Volk hat diese Verträge stets für illegal, daher auch für null und nicht bindend gehalten... Aber wenn jemand heute noch an diesen Verträgen festhält, dann kann dies die Bevölkerung in China, in Großbritannien sowie in der ganzen Welt an die Geschichte der Aggression des britischen Imperialismus gegen China erinnern" (11).

Im Laufe des Monats Oktober 1982 veröffentlichten noch zahlreiche chinesische Blätter wie z.B. "Gongren Ribao" (Arbeiter-Zeitung, 26. Okt.), "Zhongguo Qingnianbao" (Zeitung der chinesischen Jugend, 9. Okt.) Artikel über den Vertrag von Nanjing (Nanking) aus dem Jahre 1842 und die Hong-Kong-Frage. Auch die "Jiefangjun Huabao" (Illustrierte der VBA) hatte in ihrem Oktober-Heft in großem Rahmen den Vorlauf des Opiumkrieges und die Abtretung Hong Kongs dargestellt (12). Noch im Januar dieses Jahres erschien in einer chinesischen wissenschaftlichen Zeitschrift "Jindaishi Yanjiu" (Forschungen zur modernen Geschichte) ein Artikel von Ding Mingnan unter dem Titel: "Der Vorgang der gewaltsamen Besetzung des Gebiets Hong Kong durch England", in dem eine Rücknahme des Gesamtgebiets von Hong Kong als gerechte Forderung und historische Aufgabe von einer Milliarde Chinesen bezeichnet wurde, die, so der Verfasser, niemand verhindern könne. Die von Beijing gesteuerte Tageszeitung "Dagong Bao" in Hong Kong hatte am 3. und 4. Februar 1983 diesen Artikel mit voller Länge übertragen (13).

Doch flammte der Propaganda-Krieg, der die Einwohner und die Wirtschaft Hong Kongs stark beunruhigt hatte (s.u.), nach einer

Dauer von einigen Monaten wieder ab. Denn eine Krise in Hong Kong widersprach den Interessen von beiden Seiten. Außerdem mußte man sich in Großbritannien vorerst auf die Unterhauswahlen im Juni dieses Jahres konzentrieren, und im gleichen Monat fanden in China die erste Tagung des VI. Nationalen Volkskongresses sowie die des VI. Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes statt. Nach dem politischen neuen Anfang auf Seiten wurden große Anstrengungen gemacht, einen Durchbruch in den Verhandlungen über die Hong-Kong-Frage zu erreichen. So hat man noch kurz vor dem Beginn der ersten Runde der Sachverhandlungen am 12. und 13. Juli zahlreiche für die Einwohner der Kronkolonie erfreuliche Gerüchte, Spekulationen bzw. Nachrichten in der Presse lesen können.

Angeblich hat Frau Thatcher noch während des letzten Frühjahres einen persönlichen Brief an die chinesische Führung - Deng Xiaoping oder Zhao Ziyang - geschrieben, in dem ihr Standpunkt zu den Verträgen über Hong Kong nuanciert wurde. Sie soll darin entweder den Anspruch Chinas auf die Souveränität über Hong Kong "indirekt zur Kenntnis" genommen oder die Chinesen überredet haben, die theoretische Diskussion über die Souveränitätsfrage nicht in den Vordergrund zu stellen und damit den Weg zu sachlichen Gesprächen freizugeben (14). In einer Rede vom 19. Mai hat Xi Zhongxun, Mitglied des Politbüros der KPCh, gegenüber einer jugendlichen Delegation aus Hong Kong auch von einer "geringen" Konzession Londons hinsichtlich der "drei ungleichen Verträge" gesprochen. "Natürlich ist die Frage der Souveränität indiskutabel. Aber wir haben allen Respekt vor Frau Thatcher. Sie ist einsichtig; wie bei einem Schachspiel hat sie beim ersten Zug einen Fehler gemacht. Sie hat sich nun geändert. Beim zweiten Schritt wird sie einen richtigen Zug tun" (15), so sagte er.

Auf der chinesischen Seite zeigte sich in dem gleichen Zeitraum ebenfalls eine Umorientierung der Haltung zur Hong-Kong-Frage. Es war von einer Reinigung der Propaganda die Rede (16). Nicht nur die offiziellen Äußerungen, sondern auch die Pressestimmen sind vorsichtig und sachlich geworden. Dazu hat Beijing neben eigenen Anhängern auch zahlreiche Skeptiker oder Kritiker aus Hong Kong nach China eingeladen, um deren Meinungen zu hören, und in den

von Beijing gesteuerten einheimischen Zeitungen von Hong Kong wurden sogar manche Bedenken der Einwohner über ihre Zukunft unter chinesischer Herrschaft geäußert (17). Daß Ministerpräsident Zhao Ziyang in seinem Regierungsbericht auf der 1. Tagung des VI. Nationalen Volkskongresses am 6. Juni hinsichtlich der Hong-Kong-Frage nochmal die flexible Formel von einer Rücknahme der Souveränität "zu einem angemessenen Zeitpunkt" anwandte, gab in der Kronkolonie wieder Anlaß zu der Annahme, daß Beijing dabei absichtlich die Erwähnung des für Hong Kong sehr empfindlichen Stichjahres "1977" habe vermeiden wollen oder den Termin für die Rückgliederung Hong Kongs an China sogar verschieben würde (18).

Laut einer Meldung der Hongkonger englischsprachigen Zeitschrift "Asiaweek" vom 15. Juli 1983 soll Beijing als Gegenleistung für Londons Entgegenkommen hinsichtlich der bereits erwähnten angeblichen "indirekten Anerkennung" der Souveränität Chinas über Hong Kong versprochen haben, zur Gewährleistung der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Gesellschaftssystems in Hong Kong die chinesische Verfassung abzuändern (19). Zwar wurde dies von dem Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Qi Huaiyuan, am 12. Juli dementiert (20), doch haben die chinesischen Führer bei verschiedenen Gelegenheiten stets bekräftigt, daß die Gesellschaft und Lebensweise Hong Kongs nach einer Rückgliederung an China nicht verändert werden solle. Auf der Abschlusssitzung der 1. Tagung des VI. Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes am 22. Juni hat ein Vertreter aus Hong Kong, An Zijie (T.K. Ann), den von den chinesischen Führern geprägten Leitspruch "Gangren Zhigang" (Hong Kong durch Hongkonger regieren) als gleichbedeutend mit dem Slogan "Gangfa Zhigang" (Hong Kong gemäß Hongkonger Gesetzen regieren) bezeichnet. Nach seiner Rückkehr nach Hong Kong erzählte er, seine Interpretation habe starken Beifall unter den 2.000 Konferenzteilnehmern einschließlich zahlreicher führender Politiker gefunden und sei auch von den chinesischen Medien verbreitet worden. Daher wolle er glauben, daß sich die chinesische Regierung seiner Meinung angeschlossen habe (21). Die Hongkonger chinesischsprachige Zeitschrift "Zhengming" (Wetteifergesang), die in der Vergangenheit häufig interne Nachrichten aus Beijing erhalten hatte, wußte aber

zu berichten, daß die chinesische Führung einige Monate vor Juni bereits den Beschluß gefaßt habe, "Gangren Zhigang" durch "Gangfa Zhigang" zu ersetzen, weil die alte Devise inzwischen gewisse Bedenken hervorgerufen hätte (22).

Es ist logisch, daß China seine Verfassung letzten Endes verändern muß, wenn Beijing das Angebot glaubhaft machen möchte, daß Hong Kong (wie Taiwan) nach einer Rückkehr zum Vaterland das gegenwärtige kapitalistische Gesellschaftssystem noch langfristig beibehalten darf. Denn laut Art.1 der chinesischen Verfassung von 1982 bildet der Sozialismus die Grundlage der Volksrepublik China, wenn auch im Art.31 die Errichtung von Sonderverwaltungs-zonen erlaubt wird. Mitte Juli dieses Jahres erzählte ein US-Professor chinesischer Abstammung Yang Liyu (Winston Yang), der am 26.Juni in Beijing ein zweistündiges Gespräch mit Deng Xiaoping geführt hatte, daß Deng gesagt habe, er werde eine Veränderung der Verfassung nicht scheuen, um damit eine Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems von Hong Kong zu gewährleisten (23).

Offensichtlich sind die Verhandlungen der zweiten Etappe in Beijing infolge der gegenseitigen Zurückhaltung bzw. Konzessionen zumindest am Anfang ohne wesentliche Schwierigkeiten vorangegangen. Nach der ersten Runde wurden die zweitägigen Gespräche (12.-13.Juli) in einer gemeinsamen Presseerklärung als "nützlich und konstruktiv" bezeichnet. Eine Abkühlung ließ sich jedoch schon in der zweiten Runde (25.-26.Juli) erkennen, weil die Gespräche laut Presseerklärung nur "nützlich" waren. In den gemeinsamen Kommuniqués zur dritten (2.-3.Aug.) und vierten (22.-23.Sept.) Runde war lediglich von "weiteren Gesprächen" die Rede. Daraus konnte man auf neue Spannungen in den Verhandlungen schließen.

Ein noch deutlicheres Zeichen für die Verschlechterung der Verhandlungsatmosphäre zeigte sich in der Wiederbelebung der öffentlichen Polemik. Auf der britischen Seite hat sich zwar der Anspruch auf die Gültigkeit der Verträge über Hong Kong vom Thema entfernt, doch wurde im August und September dieses Jahres eine neue These über die Differenzierung zwischen Souveränität und Verwaltungsrecht in die Diskussion der Öffentlichkeit eingeschaltet (24). Man hoffte nämlich, daß London durch Anerkennung der Souveränität Chinas über Hong

Kong ein chinesisches Zugeständnis über eine Aufrechterhaltung des britischen Verwaltungsrecht dort würde erreichen können. So hat z.B. Lord Chalfont, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses im britischen Oberhaus und ehemaliger Staatsminister im britischen Außenministerium, Anfang August in Hong Kong vor der Presse gesagt, daß die Briten bereit seien, Konzessionen hinsichtlich der Souveränität über Hong Kong zu machen, falls die Chinesen ihrerseits zu Konzessionen hinsichtlich der zukünftigen Verwaltung Hong Kongs bereit seien (25).

Auf chinesischer Seite wurden am Vorabend der vierten Verhandlungsrunde (22.-23.Sept.) zwei Artikel veröffentlicht, die den neuen britischen Vorschlag scharf verurteilten. In einem Artikel unter dem Titel "Zhenyang kandai Xianggang wenti" (Wie soll man die Hong-Kong-Frage betrachten?), der für die Ausgabe der Beijinger Zeitschrift "Banyuetan" (Gespräche aus der Hälfte des Monats) vom 25.Sept. 1983 bestimmt war und von der amtlichen Presseagentur Xinhua am 19.Sept. vorzeitig verbreitet wurde, wies der Autor Tan Ping die Auffassung, daß man das Recht der Verwaltung von der Souveränität trennen könne, zurück. "Zur Zeit gibt es in England, Hong Kong und auf der ganzen Welt", so heißt es in dem Artikel "zahlreiche Meinungen zu den chinesisch-britischen Verhandlungen über die Hong-Kong-Frage. Einige davon sind vernünftig und einige total falsch, wie z.B. die Vorschläge über eine Vertragsverlängerung, Treuhandschaft, gemeinsame Regierung, abwechselnde Regierung, 'britische Verwaltung unter chinesischer Souveränität' in Hong Kong usw. All diese Vorschläge dienen in Wirklichkeit zu nichts anderem als zur Verlängerung der britischen Herrschaft in Hong Kong. Da sie die Souveränität unseres Staats verletzen, können wir sie auch nicht akzeptieren". Ferner argumentierte der Autor, daß die These von einem "Austausch zwischen Verwaltungsrecht und Souveränität" den völkerrechtlichen Grundsätzen widerspreche. "Das Verwaltungsrecht ist die konkrete Erscheinungsform der Souveränität. Ohne Rücknahme des Verwaltungsrechts ist die Rückgewinnung der Souveränität nur ein leeres Wort", so bekräftigte er seinen Standpunkt (26). Am Tag nach dem Erscheinen des genannten Artikels veröffentlichte das Partei- und Regierungsorgan, die Volkszeitung, noch einmal vorzeitig Auszüge aus einem anderen Artikel in der seinerzeit

noch nicht erschienenen Ausgabe (1983/Nr.4) der zum chinesischen Außenministerium gehörenden Vierteljahreszeitschrift "Guojijwenti Yanjiu" (Studien zu internationalen Fragen) unter dem Titel "Zhongguo shouhui Xianggang (Hong Kong)-diqu wanquan fuhe Guojifa" (Rückgewinnung des Xianggang(Hong Kong)-Gebiets durch China stimmt mit dem Völkerrecht überein). Zur Rechtsgrundlage gegen die Anregung über einen Austausch der Souveränität gegen das Verwaltungsrecht zwischen Beijing und London in der Hong-Kong-Frage sagte der Autor Jin Fu: "Einige Briten plädieren für den Vorschlag 'die Souveränität mit der Verwaltung auszutauschen'. Das würde bedeuten, daß man Chinas Souveränität dem Namen nach anerkennt, während die britische Kolonialherrschaft über Xianggang nach 1997 bestehen bliebe. Dies würde ferner bedeuten, daß man die Souveränität Chinas unter dem Vorwand, den Wohlstand in Xianggang erhalten zu wollen, ableugnet. Das Akzeptieren eines solchen Vorschlags würde (für China) die Annahme eines neuen ungleichen Vertrags und die Rückkehr zu Demütigung bedeuten. Kann das eine Milliarde zählende chinesische Volk solch harte Bedingungen annehmen?" Obendrein meinte er, daß die These über die Teilbarkeit der Souveränität eine von den westlichen Mächten gezimmerte "reaktionäre" Doktrin sei, um in die Territorien anderer Länder eindringen und deren Souveränität verletzen zu können. "Ist das Territorium eines Landes", so seine Schlußfolgerung, "von einem anderen Land besetzt worden, so ist die geschädigte Partei berechtigt, irgendwie und irgendwann ihr besetztes Territorium zurückzugewinnen und die Ausübung ihrer Souveränität wiederherzustellen." Offenbar als Warnung an London wurde in dem Artikel neben dem friedlichen Weg zur Lösung von Territorialfragen auch daran erinnert, daß Indien 1961 Goa zurückeroberte, nachdem seine Verhandlungen mit Portugal über eine friedliche Lösung des Problems gescheitert waren. Die Verstaatlichung des Suez-Kanals 1956 durch Ägypten wurde dort ebenfalls als Präzedenzfall einer einseitigen Aktion zur Wiederherstellung der Souveränität eines Staats erwähnt (27).

Nach dem Abschluß der vierten Verhandlungsrunde erreichte der Propagandakrieg noch einen Höhepunkt mit der Einschaltung von Frau Thatcher in die Debatte. Noch an dem Tag, als die bereits genannte kühle Presseerklärung

beider Seiten zu dieser Runde am 23. Sept. in Beijing bekanntgegeben wurde, sagte sie in London vor US-Journalisten, daß man in keiner Weise die Briten beschuldigen könne, in Hong Kong Kolonialismus zu betreiben. Denn ohne die dort bestehenden besonderen Umstände und den Pachtvertrag (der New Territories) wäre Hong Kong längst wie Singapur ein erfolgreicher unabhängiger Staat. Frau Thatcher führte weiter aus, daß unter der britischen Herrschaft die chinesischen Einwohner (in Hong Kong) ihre außerordentlichen Talente und außerordentlichen Fähigkeiten gezeigt und eine außerordentlich wohlhabende Gesellschaft geschaffen hätten. Dies wurde von Beijing als Provokation empfunden. Die Xinhua-Agentur bezeichnete den Vergleich zwischen Singapur und Hong Kong als ungeeignet, weil, so heißt es dort, letzteres als Teil des chinesischen Territoriums im letzten Jahrhundert durch die ungleichen Verträge zwangsweise an Großbritannien abgetreten worden sei (28). Die Dagongbao von Hong Kong warf in ihrem Leitartikel vom 26. September Frau Thatcher vor, heutzutage noch mit dem Gedanken zu spielen, ein Gebiet auf dem Territorium eines anderen Staates unabhängig machen zu wollen (29).

III. Die Trumpfkarten beider Seiten und die Aussichten für die Verhandlungen

Die kühle Verhandlungsatmosphäre und die heißen öffentlichen Polemiken haben bislang der Finanzmarkt Hong Kongs zweimal großes Unwetter gebracht. Um die Zeit der ersten Verhandlungsperiode im letzten Jahr haben die Aktien Hong Kongs innerhalb der kurzen Zeit von drei Monaten zwischen Juli und Oktober ihren Kurswert auf der Börse im Durchschnitt um 40% verloren. Im September dieses Jahres rutschte der Hong-Kong-Dollar (HK\$) gegenüber dem US-Dollar von 7,50:1 auf 9,60:1, also um über 24%, in den Keller. Am 25. und 26. September, d.h. gleich nach dem Ablauf der vierten Verhandlungsrunde der zweiten Periode, herrschte in der Kronkolonie eine Panikstimmung. Nicht nur der US-Dollar und andere ausländische Währungen, sondern auch Lebensmittel wie alltägliche Gebrauchsartikel einschließlich Toilettenpapier wurden aus Angst vor einer hohen Preissteigerung infolge der drastischen Abwertung des HK\$ gehamstert (30).

Da sich die Exportindustrie, die Lokomotive der Wirtschaft Hong Kongs, seit dem Frühjahr dieses

Jahres in einem neuen Aufschwung befand und die US-Dollar in den Monaten des letzten Herbstes weltweit gerade auf einem schwächeren Kurs stand, ließ sich die Ursache der Krise nur in den Spekulationen infolge der Unsicherheit über die politische Zukunft der Kronkolonie finden. Allerdings schoben London und Beijing einander die Schuld dafür in die Schuhe. Am 16. September dieses Jahres hat der Leiter der Finanzbehörde Hong Kongs, Sir John Bremridge, in seinem mittelfristigen Wirtschaftsreport die anhaltende HK\$-Abwertung als Folge der Abnahme des Vertrauens unter der Bevölkerung auf die große politische Zukunft Hong Kongs bezeichnet. Er beklagte sich über die Unklarheit der chinesischen Hong-Kong-Politik und machte indirekt die Bank of China, die zu Beijing gehört, für den Kursverlust des HK\$ mitverantwortlich, indem er darauf hinwies, daß diese der größte Käufer von US\$ auf dem Devisenmarkt Hong Kongs sei (31). In dem oben bereits genannten Interview für US-Journalisten sagte Frau Thatcher, daß einige Kapitalanlagen offensichtlich aus Hong Kong abgezogen worden seien oder in der Zeit nach 1997 abgezogen würden. Daher, so Frau Thatcher, gebe es eine große Unruhe in Finanzkreisen und eine große politische Unsicherheit über die Zukunft in Hong Kong, und das sei die Ursache des Abfalls von HK\$ (32). Am 28. September dieses Jahres prophezeite der für die Angelegenheiten von Hong Kong zuständige Staatsminister des britischen Außenministeriums, Richard Luce, weitere Turbulenzen und Anschläge, wenn die chinesisch-britischen Verhandlungen über Hong Kong keinen Erfolg hätten, und stellte die Frage: "Wer könnte möglicherweise ein Interesse daran haben, in wessen Interesse könnte es liegen, wenn unsere Verhandlungen, eine erfolgreiche Lösung zu finden, scheitern würden?" (33).

Die chinesische Presse, zumal die von Beijing gesteuerte Presse in Hong Kong, bezichtigte London des "Ausspiels der Wirtschaftskarte", um die chinesische Regierung am Verhandlungstisch unter Druck zu setzen (34). Tatsächlich hat China bislang jährlich rund 30-50% seiner Deviseneinnahmen aus Hong Kong bezogen (35). Die Abwertung des HK\$ dürfte also die Leistungsbilanz Chinas im Außenhandel stark beeinflußt haben. Allerdings können auch die britischen Unternehmer, die das überwiegende Gewicht der Wirtschaft Hong Kongs bilden, von der Geldentwertung und dem Kurssturz der Wertpapiere auf

dem Börsenmarkt der Kolonie nicht verschont bleiben. Nach chinesischer Einschätzung sind 35% der Einnahmen Hong Kongs in britische Kassen geflossen (36). Unmittelbar und am härtesten ist vor allem natürlich das alltägliche Leben der breiten Masse der Bevölkerung von Hong Kong von der Inflation betroffen.

Erst unter dem Druck von allen Seiten hat die Kolonialregierung nach langem Zögern allmählich das Wirtschaftsprinzip des Laissez-faire aufgegeben. Um eine Vertiefung der Währungskrise zu stoppen, griff sie am 27. und 28. September in den Finanzmarkt ein, indem sie den Leitzins um 3% erhöhte, die insolvent gewordene Bank Hang Lung verstaatlichte und das Verbot des Umlaufs ausländischer Währungen auf dem Markt als Zahlungsmittel verschärfte. Schließlich wurde am 17. Oktober eine amtliche Fixparität des HK\$ gegenüber dem US\$ von 7,80:1 eingeführt. Gleichzeitig wurde auch die von der Bevölkerung viel kritisierte Benachteiligung von HK\$-Spareinlagen gegenüber Devisendepositen bei der Einkommensteuer aufgehoben. Ferner hat es nicht zuletzt zur Wiederherstellung der Stabilität des HK\$ beigetragen, daß in der Presseerklärung zu der fünften Runde (19.-20. Okt.) der zweiten Verhandlungsperiode wieder von "nützlichen und konstruktiven Gesprächen" die Rede war (37).

Den Briten machen die Chinesen noch den Vorwurf, in der Hong-Kong-Frage die Karte der "Bevölkerungsmeinung" zu spielen. Bei ihrer Zwischenlandung in Hong Kong nach dem Staatsbesuch in China hatte Frau Thatcher am 27. September des vorigen Jahres auf der Pressekonferenz die "moralische Verpflichtung" Großbritanniens gegenüber der Bevölkerung Hong Kongs bekräftigt. Am 28. September dieses Jahres appellierte Staatsminister Luce bei seinem Besuch in der Kolonie an die Bevölkerung Hong Kongs, darauf zu vertrauen, daß London bei seiner Verpflichtung ihnen gegenüber bei den Verhandlungen mit Beijing sein Bestes tun werde. Dazu wiederholte er abermals die von seiner Regierungschefin Frau Thatcher letztes Jahr in Beijing und in Hong Kong sowie von der Königin am 22. Juni dieses Jahres bei der Eröffnungssitzung des neu gewählten Unterhauses gehaltenen Rede formulierte These, daß man eine Lösung finden müsse, die das britische Parlament, die chinesische Regierung und die Bevölkerung Hong Kongs akzeptieren könnten (38). Diese Idee wurde von dem ehemaligen Staatsminister

im britischen Außenministerium Lord Belsted im Dezember 1982 mit dem Bildbegriff eines "dreibeinigen Hockers" illustriert. Er meinte dabei, daß Hong Kong nach 1997 von China, Großbritannien und der einheimischen Bevölkerung gemeinsam regiert werden solle (39).

Am 3. Oktober kritisierte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums die Rede von Frau Thatcher und Luce mit dem Hinweis: "Unangemessene Bemerkungen führender britischer Persönlichkeiten können nicht zu einer vernünftigen Lösung der Frage führen, sondern machen die Gespräche nur noch schwieriger" (40). Die von Beijing gesteuerte Linkspresse in Hong Kong bezeichnete die Behauptung, daß die Briten die Interessen der Hong Konger Bevölkerung verträten oder die öffentliche Meinung Hong Kongs respektierten, als Heuchelei und wies im Gegenteil darauf hin, daß die Behörden gerade in diesem Jahr die Steuern, Gebühren und sozialen Mieten erhöht und lange Zeit der anhaltenden Abwertung des HK\$ und Preissteigerung tatenlos gegenübergestanden hätten (41). In dem oben erwähnten Artikel der zum chinesischen Außenministerium gehörenden Zeitschrift "Guoji Yanjiu" ging der Autor Jin Fu auch auf diesen Punkt mit dem folgenden Wortlaut ein: "Auf der britischen Seite besteht die Meinung, daß 'Großbritannien eine moralische Verantwortung für die Einwohner Xianggangs (Hong Kongs) trägt und die von Großbritannien eingesetzten Beamten in Xianggang 'als Vertreter der Einwohner Xianggangs' an den Verhandlungen teilnehmen. Diese Behauptung ist juristisch wie logisch unhaltbar. Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß die überwältigende Mehrheit der Einwohner in Xianggang-Gebiet Chinesen sind. Daher kann nur die chinesische Regierung deren wahrer Vertreter sein, und die britische Regierung ist nicht berechtigt, sie zu vertreten." Was die Bevölkerungsmeinung anbetrifft, meinte er, daß die Briten nur diejenige Meinung respektierten, die Londons Forderung nach einem "Austausch des Verwaltungsrechts gegen die Souveränität" unterstütze. "Ihr Ziel", so heißt es, "ist es, ihre Doktrin vom 'dreibeinigen Hocker' durchzuführen, d.h. als angeblicher Vertreter der Einwohner Xianggangs mittels der 'Volksmeinung' Xianggangs die chinesische Regierung unter Druck zu setzen und so China an der Rückgewinnung seines Territoriums und seiner Souveränität zu hindern" (42). Am 30. Septem-

ber dieses Jahres nahm Ji Penfei, der neue Direktor des Büros für Angelegenheiten Hong Kongs und Macaus im Staatsrat, in einem Gespräch mit Reportern bei einem Empfang anlässlich des chinesischen Nationalfeiertages diejenigen Leute aufs Korn, die der Ansicht sind, die Bevölkerung Hong Kongs - die zu 98 Prozent chinesisch ist - sei nicht in hohem Maße für die Wiederaufnahme der chinesischen Verwaltung der Kolonie eingestellt. "Diese Leute sind Lügner", sagte er (43). Kurz vor dem Beginn der ersten Sitzung der zweiten Verhandlungsrunde dementierte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums am 8. Juli demonstrativ eine Aussage des Gouverneurs von Hong Kong, Edward Youde, am Tag davor, daß dieser als Vertreter der Bevölkerung von Hong Kong in die Verhandlungen gehe. Wörtlich hieß es: "Herr Youde wird als ein Mitglied der britischen Regierungsdelegation an den Verhandlungen teilnehmen. Daher kann er in den Verhandlungen nur die britische Regierung repräsentieren" (44).

Ganz objektiv und allgemein gesagt hat Großbritannien in keiner Weise ein Herz für die Bevölkerung von Hong Kong. Im Hinblick auf das Stichjahr 1997 hat sich London bereits seit einigen Jahren Schritt für Schritt von Hong Kong distanziert. Das britische Unterhaus hat z.B. 1981 ein neues Staatsangehörigkeitsgesetz verabschiedet, das die einheimischen Einwohner der Kolonien nicht mehr als "British Subjects" anerkennt, sondern nur als Bürger der von Großbritannien abhängigen Gebiete betrachtet. Sie können nicht mehr ohne Visum nach England reisen. Da Hong Kong einen Anteil von über 90% an der Gesamtbevölkerung aller gegenwärtigen britischen Kolonien hat und 2,6 Millionen der 5,2 zählenden Einwohner Hong Kongs einen britischen Personalausweis oder Paß besitzen (die andere Hälfte der einheimischen Einwohner, die nicht gebürtige Hong Konger sind, besitzen nur einen einheimischen Personalausweis), und da das neue Gesetz gerade Anfang dieses Jahres, d.h. kurz vor dem Beginn der chinesisch-britischen Sachverhandlungen über die Zukunft Hong Kongs, in Kraft getreten ist, besteht der Verdacht, daß London damit jetzt schon einen Damm gegen einen eventuellen Strom von "Boat People" aus Hong Kong errichtet hat (45). Von den Einwohnern Hong Kongs wird auch noch häufig kritisiert, daß die Studenten aus Hong Kong an den Hochschulen Großbritanniens wie ihre ausländischen Kommilitonen

eine hohe Studiengebühr bezahlen müssen und daß die britische Regierung wie andere EG-Staaten Quoten für die Einführung von Textilien aus Hong Kong festsetzt. In der Innenpolitik haben die Briten in Hong Kong seit dem Ende des 2. Weltkrieges auch kaum etwas für die Demokratisierung und Entkolonialisierung getan. Erst im letzten Jahr wurden allgemeine Wahlen auf Bezirksebene eingeführt und in diesem Jahr mehr einheimische chinesische Bürger zu hohen Beamten ernannt. Es wurde auch beschlossen, in amtlichen Schriften auf den Ausdruck "Kolonie" zu verzichten (46).

Obwohl man auf Seiten Chinas den Landsleuten drüben immer die Versorgung mit Lebensmitteln, Trinkwasser sowie seit der ersten Ölkrise auch mit dem flüssigen Gold zu günstigen Preisen - aber natürlich auch gegen harte Devisen - zugesichert hat, wurde oder wird Hong Kong, jedenfalls in der Propaganda, häufig als verkommene kapitalistische Gesellschaft verächtlich betrachtet. Erst jetzt im Zuge der Verhandlungen mit den Briten über die Rückgewinnung der Souveränität hat Beijing die Kontakte mit der Bevölkerung Hong Kongs in einem breiteren Spektrum und auf allen Ebenen intensiviert. Neben Politikern haben in diesem Jahr mehrere chinesische Wirtschaftsexperten wie Xu Tixin und Qian Junrui Hong Kong besucht, um dort das freie Marktsystem an Ort und Stelle zu studieren. Im Nationalen Volkskongreß Chinas und der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes wurde die Zahl der Vertreter aus Hong Kong und Macau erweitert.

Um gegen die von den Briten ausgespielte "Karte der Bevölkerungsmeinung" anzugehen, hat Beijing neben eigenen Pressestimmen auch die Gewerkschaften und Studentenorganisationen in der Kolonie für die Unterstützung zur Wiederherstellung der chinesischen Souveränität mobilisieren können. Unter der massiven Offensive des Einheitsfrontkrieges von Beijing und angesichts des offenbar unabwendbaren Trends des Schicksals hat inzwischen auch die rechtsgerichtete Presse ihre anti-kommunistische Haltung gemäßigt (47). Im großen und ganzen kann man wohl vermuten, daß alle oder fast alle chinesischen Einwohner in Hong Kong patriotisch sind und daß sie die chinesische Souveränität über Hong Kong nicht hundertprozentig ablehnen wollen. Aber das bedeutet keineswegs ihre Identifizierung mit dem kommunistischen Regime in China.

Unter Berücksichtigung der individuellen Interessen bevorzugt offenbar die große Mehrheit der Bevölkerung in der Kolonie, wie viele Meinungsumfragen zeigten, doch den Status quo (48). Es ist auch eine Tatsache, daß über die Hälfte der Einwohner Hong Kongs nach der Gründung der VR China 1949 von China in die Kolonie geflüchtet beziehungsweise umgesiedelt sind (49).

Die Trümpfe Beijings sind aber die Karte der Geschichte und die der geographischen Lage. Die Abtretung Hong Kongs ist für China der erste "ungleiche Vertrag" und ein Meilenstein des Anfangs von Demütigungen in der modernen chinesischen Geschichte. Wenn die Kolonie nach dem Ablauf des Pachtvertrages der New Territories 1997 nicht an China rückgliedert wird, dann ist eine Verlängerung oder Erneuerung der "ungleichen Verträge" nötig. Kein chinesischer Führer, so erzählt man in Beijing, möchte mit einem Schmähruf eines zweiten Li Hongzhang in die Geschichte Chinas eingehen (50). Es geht hier natürlich nicht nur um "Gesicht, sondern um die nationale Würde und das Territorialinteresse, die in China vor allen anderen Überlegungen Vorrang haben.

Geographisch und strategisch gesehen wollen und können die Briten, auch unter der Regierung der "Eisernen Lady", Hong Kong nicht wie im Fall der Falkland-Inseln militärisch verteidigen. Denn die Chinesen brauchen in einem Kriegsfall überhaupt keinen einzigen Soldaten über die Grenze zu senden, es reicht, die Kolonie zum Aufgeben zu zwingen, wenn man von eigener Seite buchstäblich nur den Wasserhahn für Hong Kong einfach abdreht. Außerdem können die Briten ohne ein neues chinesisches Zugeständnis über die Verwaltung der New Territories, die rund 92% der Gesamtfläche der Kolonie ausmachen, die Insel Hong Kong und die Halbinsel Kowloon (Jiulong) nicht behalten.

Mit diesen Trumpfkarten beharrt Beijing nicht nur auf einer Rücknahme des Gesamtgebiets von Hong Kong im Jahre 1997, sondern bedrängt auch London mit einem Verhandlungsergebnis bis zum September 1984, andernfalls werde China, nach Äußerungen des chinesischen Außenministers Wu Xueqian und anderer hoher Funktionäre, einseitig ein eigenes Programm über die Rückgewinnung der Souveränität Hong Kongs ankündigen (51). In einem Gespräch mit den Teilnehmern an der nationalen Politischen Konsul-

tativkonferenz des Chinesischen Volkes hat Deng Xiaoping am 25. Juni 1983 auch mit einer Rücknahme Hong Kongs vor 1997 gedroht, "wenn einige Leute die Lage bis auf einen hoffnungslosen Grad umwerfen" (52). Mit anderen Worten warnte er die Briten davor, ihre "wirtschaftliche Karte" zu weit zu spielen.

Von der stärkeren Position Beijings und deren öffentlichen un-nachgiebigen Äußerungen ausgehend, läßt sich mutmaßen, daß der Spielraum der geheimen Verhandlungen immer kleiner geworden ist. Auf dem Verhandlungstisch soll jetzt praktisch nur noch ein Thema zur Diskussion stehen, nämlich eine Regelung für die Übergangszeit, und zwar von 1984 bis 1997. Nach einem Bericht der englischsprachigen Zeitung "Hongkong Standard" vom 7. September dieses Jahres hat Beijing verlangt, sich schon in diesem Zeitraum allmählich an der Verwaltung Hong Kongs zu beteiligen (53). Laut einer anderen Meldung derselben Zeitung vom 15. August hat die chinesische Volksbefreiungsarmee die Patrouillen an der Grenze zu Hong Kong bereits eingestellt (54).

An der politischen Börse der britischen Kolonie haben die Spekulationen über alle möglichen Modelle einer Theorie von Trennbarkeit zwischen Souveränität und Verwaltungsrecht für den Zweck zur Aufrechterhaltung des Status quo Hong Kongs kaum noch Kurswert (55). Die Kommentatoren und Wissenschaftler beschäftigen sich nun hauptsächlich mit Gerüchten aus Beijing beziehungsweise Aussagen chinesischer Politiker. Die Fragen, die jetzt gestellt werden, sind: Wer sind die "Gangren" (Hong Konger), die Hong Kong regieren sollen? Was sind "Fangfa" (Hong Konger Gesetze), gemäß denen Hong Kong in Zukunft regiert wird? Wird der künftige Gouverneur Hong Kongs von Beijing ernannt oder von den Einwohnern gewählt? Kommt die Volksbefreiungsarmee nach Hong Kong?

Aber eins ist sicher, die Bevölkerung Hong Kongs, die an den Verhandlungen nicht teilnehmen kann, kann auch von den beiden Seiten, Beijing und London, nicht überspielt werden. Denn sie ist das Blut und das Fleisch von Hong Kong und stellt sich selbst als Trumpf dar. Man vergleicht Hong Kong mit einem Huhn das für China - aber ebenso auch für Großbritannien - goldene Eier legt. Wer das Huhn kriegen oder behalten möchte, wird dasselbe doch nicht soweit ausbluten las-

sen, daß es ihm in Zukunft kein goldenes Ei mehr legen kann.

Anmerkungen

- 1) S. ausführlich dazu Yu-Hsi Nieh, "Hongkong - eine Welt auf Abruf", C.a. Okt.1983, S.596 ff.
- 2) AW, 16.7.82, S.10
- 3) XNA, 25.9.82, S.5
- 4) Vigor Keung Fung, "Hong Kong Press Fights for Slim Pickings at 1997 Talks", in AWSJ, 18.10.83
- 5) Anthony Dicks, "Treaty, Grant, Usage or Sufferance? Some Legal Aspects of the Status of Hong Kong", CQ, 95 (Sept.1983), S.427 ff, hierzu S.436; zum Text des Briefes von Huang Hua in Chinesisch s. Ye Dewei, Tan Lizi und Lin Yongkang (Ed.), "Zhonggang guanxi shanshinian" (Dreißig Jahre Beziehungen zwischen China und Hongkong), Guangjiaojing, Hongkong, Sept. 1981, S.31 ff, hierzu S.78, auf Englisch s. J.A. Cohen and Hungdah Chiu (Ed.), "People's China and International Law, A Documentary Study", Vol.1, Princeton 1974, S.384
- 6) DGB, 25.9.82
- 7) XNA, 25.9.82
- 8) South China Morning Post, Hongkong, 25.9.82, zitiert nach Monitor-Dienst, Köln, 27.9.82
- 9) IHT, 28.9.82 u. NZZ, 29.9.82
- 10) XNA, 1.10.82, S.3
- 11) Ebenda
- 12) Dazu s. Lo Bing, "Zhongying doufa Diyimu" (Erster Akt des sino-britischen geistigen Kampfes), Zhengming, Hongkong, Dez. 1982, S.12
- 13) "Jindaishi Yangjiu", Beijing, 1983/No.1, S.149-162
- 14) Vgl. dazu FEER, 7.7.83, S.10 u. AW, 8.7.83, S.9 f
- 15) "Beijing de Quanweixing huida" (Autoritäre Antwort aus Beijing), Zhengming, Hongkong, Juli 1983, S.16 ff, hierzu S.17; FEER, ebenda, S.11 f.
- 16) Zhengming, a.a.O., März 1983, S.11
- 17) Dazu s. Qi Xing, "Jiuqi wenti' de Xing Jinzhan" (Neue Fortschritte in der "Frage von 97"), Qishi Niandai, Hongkong, Febr.1983, S.10 ff.
- 18) S. dazu Li Yi, "Xin Zhengju Xia de Zhongying Tanpan Zhanwang" (Ausblick über die chinesisch-britischen Verhandlungen in der neuen politischen Situation), Qishi Niandai, ebenda, Juli 1983, S.31 ff., hierzu S.32; Chang Chuan, "Beijing

- Jiangdiao 'Gangfa Zhigang' (Die Tonherabsetzung Beijings mit dem neuen Motto 'Hongkong regieren gemäß den Gesetzen von Hongkong'), Zhengming, a.a.O., Juli 1983, S.14 f, hierzu S.15. Zum Text Zhao Zi-yangs Regierungsbericht s. BRu 1983/No.27, S. I-XXVI
- 19) AW, 15.7.83, S.8
- 20) DGB, 14.7.83
- 21) AW, 8.7.83, S.9
- 22) Zhengming, a.a.O., S.15
- 23) S. dazu "Jiuqi Dangan" (Chronik der Frage von 1997), Qishi Niandai, a.a.O., Aug. 1983, S.30. Nach AW (22.7.83) hat Yang gesagt, er erwarte, daß China einen neuen Artikel zu seiner Verfassung hinzufügen werde, um eine Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems von Hong Kong in der Zukunft zu ermöglichen.
- 24) Dazu s.z.B. Anthony Dicks, Anm.5, hierzu S.454 f.
- 25) Nach AW, 12.8.83, S.24
- 26) DGB, 21.9.83; SWB, 21.9.83
- 27) RMRB, 20.9.83, deutsche Übersetzung in BRu Nr.39 (27.Sept.) 1983, S.13 ff. und Monitordienst, Asien, 22.9.83, S.1-4
- 28) XNA, 26.9.83
- 29) "Ying Shouxiang de 'Minglang' yu 'Buming-lang'" (Die "Klarheit" und die "Unklarheit" der englischen Premierministerin), Leitartikel der DGB, 26.9.83
- 30) S. dazu C.a. Sept. 1983, S.556, Ü 48
- 31) Vgl. dazu DGB, 22.9.83, SWB, 22.9.83. Aus seinem Exportüberschuß im bilateralen Handel mit Hong Kong hat China durch die Niederlassung der Bank of China in Hong Kong jährlich rund 5 Mrd. HK\$ in US\$ umgetauscht, vgl. dazu DGB, 22.9.83 u. Qishi Niandai, a.a.O., Okt. 1983, S.14
- 32) Anm. 28 u. DGB, 25.9.83
- 33) SWB, 29.9.83
- 34) Anm. 28, 32 u.33
- 35) Zhengming, a.a.O., März 1983, S.11
- 36) Zhengming, Anm.15, hierzu S.18, Frau Thatcher hat allerdings gesagt, Großbritannien nehme keinen Pfennig aus Hongkong, AP, 23.9.83 (nach DGB, 25.9.83)
- 37) DGB, 22.10.83
- 38) Anm.33
- 39) Vgl. Hongkong Standard, 15.8.83, nach SWB, 16.8.83; Li Hsing, "A Look at the Hollowness of the 'Public Opinion Card'", DGB, 30.8.83, nach SWB, 1.9.83
- 40) CNA, 3.10.83
- 41) S. dazu den Bericht von XNA, 16.9.83 unter dem Titel "Hongkong Press Exposes Hypocrisy of British Authorities' 'Popular Feeling' Poll"
- 42) BRu, Anm. 27, hierzu S.18 f.
- 43) AFP, 30.9.83, nach Monitor-Dienst,, 4.10.83
- 44) FEER, 21.7.83, S.12
- 45) S. ausführlich dazu Joseph Y.S.Cheng, "The Future of Hong Kong: A Hong Kong 'Belonger's View'", International Affairs, London, Summer 1982, S.480
- 46) S. dazu Qishi Niandai, a.a.O., Sept.1983, S.105 u. Okt. 1983, S.73
- 47) Qishi Niandai, a.a.O., Okt. 1983, S.39
- 48) S. dazu z.B. "Xianggang Qiantu Minyi diaocha Fenxi" (Analyse der Meinungsumfragen über die Zukunft Hongkongs), Qishi Niandai, a.a.O., Juli 1983, S.39 ff.
- 49) Anm. 47
- 50) S. dazu Lo Bing, "Deng Xiaoping yu Xianggang Qiantu" (Deng Xiaoping und Hongkongs Zukunft), Zhengming, a.a.O., Aug. 1983, S.6ff, hierzu S.7
- 51) FEER, 20.10.83, S.29, Qishi Niandai, a.a.O., Nov. 1983, S.23, DGB, 11.10.83, SWB, 21.7.83
- 52) S. Ching Pao (Jing Bao), Hongkong, 10.7.83, nach SWB, 21.7.83
- 53) Nach SWB, 8.9.83
- 54) Ebenda, 16.8.83
- 55) Zu den Spekulationen s. die Darstellung von Oskar Weggel, "Quo vadis, Hongkong?" C.a., Juli 1983, S.445 ff.

*
*
*
*
*
*
*

DOKUMENT

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen*
* * * * *

Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik China

IN DEM WUNSCH, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu entwickeln,

IN DEM BESTREBEN, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Investoren der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu schaffen,

HABEN nach Verhandlungen zwischen Vertretern der Regierungen beider Staaten FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Abkommens

1. umfaßt der Begriff "Kapitalanlagen" alle in Übereinstimmung mit den jeweils geltenden Rechtsvorschriften einer Vertragspartei zugelassenen Vermögenswerte, insbesondere, aber nicht ausschließlich

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken, Pfandrechte oder dergleichen;
- b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen;
- c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
- d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Know-how, Handelsmarken und Handelsnamen;
- e) Konzessionen, einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnkonzessionen;

eine Änderung der Form, in